



KLIMA e. V. Seewartenstraße 10 20459 Hamburg

Konflikt-
Lösungs-
Initiative
Mobbing-
Anlaufstelle e.V.

Tel. 040 – 33 44 25 - 57
Fax - 58
e-mail: KLIMAEV@t-online.de
www.mobbing-abwehr.de

An die im Deutschen Bundestag
vertretenen Parteien

Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des 10. Todestages des schwedischen Arbeitspsychologen Prof. Dr. Dr. Heinz Leymann, der den Begriff Mobbing für den krankmachenden Psychoterror am Arbeitsplatz geprägt hat und am 26. Januar 1999 verstorben ist, stellt sich die Frage, welche Fortschritte es hinsichtlich einer wirksamen Mobbingabwehr seither gegeben hat und was in nächster Zeit unbedingt noch getan werden muss. Auch wenn Opfer von ständigen Beleidigungen, Verleumdungen, Intrigen oder gar körperlicher Gewalt heute eher mit Verständnis und Hilfe rechnen können, befinden sie sich vor Gericht häufig in Beweisnot. Mobbing-Geschädigte müssen bis heute selbst den Beweis dafür erbringen, dass sie an ihrem Arbeitsplatz unter schlechter Führung, der Zuweisung inhaltsloser Aufgaben, ungelösten Konflikten, Rufschädigung und Herabsetzung ihrer Persönlichkeit und anderen schikanösen Verhaltensweisen zu leiden haben.

Obwohl am 18. August 2006 das „Gesetz zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung“ in Deutschland in Kraft getreten ist und mithilfe des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) eine Diskriminierung verhindert werden soll, blieb Mobbing als Diskriminierungsmerkmal darin unberücksichtigt. Ein eigenes Anti-Mobbing-Gesetz gibt es in Deutschland ebenso wenig, weshalb Mobbing-Geschädigte nach wie vor ohne wirksamen rechtlichen Schutz dastehen. Die Konfliktlösungsinitiative KLIMA e. V. setzt sich für die Beilegung von Arbeitsplatzkonflikten sowie die Prävention und Bekämpfung von Mobbing in unserer Gesellschaft ein und erhält mit steigender Tendenz zahlreiche Anfragen von Menschen, die derartige Erfahrungen an ihrem Arbeitsplatz gemacht haben. In seinem Grußwort zum zehnjährigen Jubiläum unseres Vereins schrieb der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Olaf Scholz:

„Über die oft gravierenden gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen hinaus – und hier sind sich alle wissenschaftlichen Untersuchungen einig – verschlingen Arbeitsausfälle durch Mobbing erhebliche Summen, die Unternehmen und Sozialleistungsträger belasten. Jeder und jede Einzelne, der oder die aus der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit und/oder Krankheit gemobbt wird, ist ein Fall zu viel.“ Nachzulesen auf der Homepage

http://www.klimaev.de/downloads/Klima_e.V._-Schreiben_an_Dr._Fleissner-1.pdf,

vgl. auch

http://www.bmas.de/coremedia/generator/1956/property=pdf/mobbing_merkblatt.pdf

1. Vorsitzender: Dr. Alfred Fleissner
2. Vorsitzende: Margrit Jakob

Steuernummer 17/430/09734 Finanzamt Hamburg-Nord

Bankverbindung: Hamburger Sparkasse
BLZ: 200 505 50
Konto-Nr.: 1059/213 627

Auch das Bundespräsidialamt öffnete schon unter Johannes Rau einer Expertengruppe mit Beteiligung von KLIMA e. V. die Türen für Gespräche mit allen fünf Bundestagsfraktionen sowie jenen fünf Bundesministerien, die für eine Befassung mit dem Problem „Mobbing“ zuständig sind. Angesichts weiter gestiegener Zahlen von Krankschreibungen und Arbeitsunfähigkeit und der Tatsache, dass unter den Krankheitsursachen immer häufiger psychische Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz genannt werden, bitten wir die 6 im Bundestag vertretenen Parteien um eine schriftliche Stellungnahme zu nachstehenden 9 Fragen, die pro Antwort nicht mehr als 500 Zeichen lang sein sollte. Eine Ausnahme von der Antwortlänge stellen die Fragen 1. und 9 mit einer Antwortlänge von jeweils bis zu 1000 Zeichen dar.

1. Was können Sie uns über die innerparteiliche Meinungsbildung aus den vergangenen fünf Kalenderjahren, beginnend von 2004, mitteilen? Welche Gremien befassten sich mit dieser Problematik, in welcher Form taten sie dies und mit welchen Ergebnissen, ggfs. Zwischenergebnissen? – Bitte führen Sie gesondert diesbezügliche Tätigkeiten der Fraktion (Arbeitsgruppen etc.) Ihrer Partei im Deutschen Bundestag an.
2. Welche Aussagen zur Mobbing-Problematik enthält Ihr Partei-, welche Ihr Grundsatzprogramm?
3. Mit welchem politischen Konzept möchte Ihre Partei verhindern, dass Mobbing weiterhin Jahr für Jahr volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe verursacht, zu schweigen von den psychosozialen Folgen für die Betroffenen und deren Angehörige?
4. In unserem EU-Nachbarland Frankreich gibt es seit Jahren zivil- und strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen mobbende Arbeitgeber und „Kollegen“. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, in Deutschland vergleichbare Regularien einzuführen?
5. Wie werden Sie in Zukunft die Prophylaxe-Arbeit von Mobbing-Anlaufstellen unterstützen?
6. Noch immer enden Arbeitsgerichtsverfahren, die dezidiert wegen Mobbing geführt werden, meistens mit Vergleich und für die Mobbing-Geschädigten mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Die Gerichte befassen sich somit erst gar nicht mit der dem Verfahren zugrunde liegenden Mobbing-Problematik. Wollen Sie dafür sorgen, die Krankenkassen und Sozialversicherungsträger in Zukunft bessere Möglichkeiten bekommen, mobbende Arbeitgeber/Dienstherren schadenersatzpflichtig zu machen?

7. Wie steht Ihre Partei zu der immer wieder zu hörenden Fachmeinung, dass Mobbing ein Instrument zum Unterlaufen der gesetzlichen Regelungen zum Arbeitsschutz bzw. den einschlägigen Bestimmungen in den Beamtenetzen darstellt, mithin auch zum Aushebeln bedeutsamer Artikel unseres Grundgesetzes (Menschenwürde, physische wie psychische Gesundheit, Gleichheitsgrundsatz u.a.m.) dient? Pflichten Sie der These bei, dass es bei der Verfolgung von Mobbing-Handlungen nach wie vor ein Vollzugsdefizit gibt hinsichtlich Straf- und Bußgeldverfahren und dass die Tatbestände des Strafgesetzbuches (Nötigung, Körperverletzung, Ehrverletzungsdelikte u.a.m.) von den Staatsanwaltschaften nicht genügend verfolgt werden? Bestehen bei Ihnen konkrete Planungen für die nächste Wahlperiode im gesetzgeberischen Bereich bzw. für den Fall einer Regierungsbeteiligung in der Umsetzung durch Bundesministerien? Wenn ja: Welche?
8. Die Arbeits- und Sozialgerichte beklagen seit Jahren ihre Überlastung (zu viele anhängige Verfahren, zu wenige Richter, ergo zu lange Prozessdauer). Wie stehen Sie zu der Überlegung, die rechtliche Position von Mediatoren und Betrieblichen Konfliktberatern zu stärken, um solcherart die Gerichte zu entlasten?
9. Uns wurde in dem Gespräch bei der SPD-Bundestagsfraktion von dem stellv. Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dieter Wiefelspütz, mitgeteilt, dass wir uns vergegenwärtigen sollten, dass unsere Gesprächspartner (aus der Politik) ohnehin Experten im Mobbing seien. – Dies deckt sich nicht bloß mit den Wahrnehmungen weiter Bevölkerungskreise – auch der veröffentlichten Meinungen –, sondern auch mit unserer eigenen. Deshalb fragen wir, welche Vorkehrungen Sie in Ihrer eigenen Partei, aber auch der Bundestagsfraktion, getroffen haben, um Mobbing präventiv zu begegnen und bestehende Mobbing-Situationen menschenwürdig zu klären.

Ihre Antworten werden nach dem 01.03.2009 ungekürzt unter www.antimobbing.de auf unserer Homepage veröffentlicht. Wir beabsichtigen, im Vorfeld der Bundestagswahlen am 27.09.2009 eine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema in Berlin durchzuführen. Dazu werden wir Sie rechtzeitig einladen und würden uns freuen, wenn auch Ihre Partei eine fachkundige Person zu diesem Termin entsenden könnte.

Wir freuen uns über den Eingang Ihrer Stellungnahme bis zum 1. März 2009.

Mit Dank und freundlichen Grüßen